



Gericht

Geschichten, die nicht vergehen

Richterin

Das Beste der Nominierung war die Nominierte. Schon ab 12. Oktober hörte Amy Coney Barrett Anwürfe: 30 Mio. Leute mit Vorbelastungen verlören Versicherung, das Abtreibungsgesetz würde aufgehoben, das Staaten begrenzten und späte Eingriffe bis zur Geburt erlaubt, und ihre Nominierung sei illegal. Nein, Präsident Trump hatte das Recht dazu: er nominiert, der Senat berät, stimmt ab. Lindsey O. Graham, Justizkomitee-Chef, startete frisch, so dass die Anhörung lehrreich geriet, obwohl elf Stunden Dienstag. Ihr Originalismus? Textsinn nach Erzeuger aus deren Ära deuten, nicht individuell modernisieren oder politisieren.

Screenshot



Opponenten erörterten Obama-Care, stellten es unantastbar dar. Aber es kam allein linksparteilich, verstaatlichte zu viel, legte Ärzte fest und Selbstbeteiligung geriet zu hoch. Eine Bürde, die alle per Strafgeld zwang, Pläne zu kaufen. So wehte extremer Wahlkampf in die Anhörung, zumal das Gesetz am 10. November vorm Obersten Gericht in Revision ansteht.

Dagegen stellt Trump ein Wahlversprechen, stoppte im Kern 2017 Obama-Care und bot die Vielfalt von Privatversicherung, Kostensenkungen und Schutz bei Vorbelastungen an. Umgekehrt, käme die Opposition auf, stünden Privatversicherungen von 180 Mio. in Frage. Wahlen laufen in 40 Staaten, zwölf Mio. votierten: all das schon 18 Tage vor dem Wahltag.

Foto Haim Zah



Abraham Pakte – Zwei Atombomben?

Kronprinz Muhammad Bin Zayid tweetete, Premier Benjamin Netanjahu rief ihn an: تلقیت اتصالاً هاتفياً من رئيس وزراء إسرائيل بنيامين نتنياهو. So ging es am 12. Oktober schnell, als der Israeli den Friedenspakt, Abraham Accords oder اتفاقيات ابراهام - הסכמי אברהם, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten am 12. Oktober der Knesseth übergab, die es drei Tage später 80:13 ratifizierte. Bahrain folgt, alle gewinnen. Premier und Kronprinz treffen sich bald in ihren Hauptstädten. Vorab folgen noch Delegationen, auch zu Covid-19. Netanjahu lobte die Kernrolle von Trump und seinem Team.

Friedenspakete beendeten Fehlstrategien, so der Premier am 29. September vor der UN, wie das Palästinenser-Veto zum Frieden Israel-Arabien mit unrealen Forderungen: Rückzug in die nicht zu verteidigenden Linien 1967; Abzug zehntausender Juden aus ihren Heimen; Aufnahme von Mio. Palästinensern als Nachfolger jener, die Krieg gegen Israel begannen.

Die Weltgemeinschaft, so Netanjahu, besänftigte absurde Forderungen einer Illusion, die sich nicht erfüllt, statt die Realregelung mit Chancen umzusetzen. Der sich ausweitende Friedenszirkel mache Frieden Israelis-Palästinenser möglicher, wenn sich letztere ohne ihr Veto ultimativ für Frieden mit dem Staat Israel entscheiden. Der UN-Sicherheitsrat sagte zu, sollte Iran entgleisen, greife er mit snapback Sanktionen ein – und tat dies nicht. Alle mögen sich dem verfehlten Nuklearpakt widersetzen, den Iran verletze. Es habe in wenigen Monaten genug angereichertes Uranium, um zwei Atombomben zu erzeugen. Fraglos greife Teheran zu der Waffe. Dem sollten alle im UN-Sicherheitsrat mit Amerika widerstehen.

Umkehr?

Eine internationale Friedenskonferenz sollte früh in 2021 einen echten Friedensprozess beginnen, forderte Autonomie-Behörden-Chef Abbas vor der 75. UN-Vollversammlung am 25. September. Dies möge ein multilateraler Prozess sein, laut UN-Beschlüssen und vorherigen Pakten. Das Problem: er lehnte Trumps Vision nicht nur ab, bot keine reellen Gegenideen an und wies die Friedenspakete Emirate-Bahrain-Israel ab. Mahmud Abbas sprach da online mit Schild „Staat Palästina“. Benny Gantz rief ihn am 15. Oktober zum Frieden auf.

Ein Treffen in Ramallah am 4. September forderte, alle Fraktionen in die PLO zu holen und die „neue Strategie von Widerstand und Befreiung“ zu finden. Damit isolieren sie sich im arabischen Kreis, der seit 2015 illusorische Sackgassen verlässt. Jenes arabische Umfeld ersetzen auch nicht die Türkei oder Katar. Das Leben geht voll weiter mit so vielen anderen drängenden Punkten wie Gazas Covid-19 und die Definition der Seegrenze Israel-Libanon.

Prinz Bandar Bin Sultan Foto al-Arabiyya



Rückblick

Historische Revisionen folgen. Ein saudischer Diplomat und Politiker ging damit voran, der Botschafter in Amerika und dann Chef des Saudischen Sicherheitsrates war. Prinz Bandar Bin Sultan kritisiert die palästinensischen Führungen für ihre historischen und aktuellen Fehler im Lichte ihres Echos auf jüngste Friedenspakete zwischen Israel und den Emiraten.

Prinz Bandar stellte am 5. Oktober im Gespräch die Geschichte aus seiner saudischen Sicht dar. So lud der britische Mandatar zur Londoner Konferenz 1939 Juden Palästinas, Palästinenser-Führer und Vertreter arabischer Länder wie Saudi-Arabien ein. Jedoch Palästinenser und Juden verneinten das Weißpapier. Die arabischen Staaten bejahten dieses Nein der Palästinenser.

Nazis, Islamisten

Prinz Bandar besprach die Kooperation des Jerusalemer Großmuftis al-Husaini mit Nazis: auf diese setzte er seit den 1930ern. Al-Husaini war anerkannt durch Berlin, Hitler und die Nazis. Er stand mit ihnen gegen Alliierte als Radio Berlin seine Arabisch-Reden ausstrahlte. Doch wäre das alles, was er bekam. „Dies war für die palästinensische Sache nicht gut.“ Laut Bandar hätten sich „palästinensische Führungen stets auf die Seite der Verlierer gestellt“. Die palästinensische Sache sei gerecht, aber ihre Advokaten begingen Fehler. Die israelische Sache wäre ungerecht, jedoch deren Advokaten waren erfolgreich. „Das bilanziert Ereignisse der jüngsten 70 bis 75 Jahre.“

Israels Sache ist auch gerecht, was dies Fazit verkennt. Da der Mufti 1941-1945 in Berlin war, erhielt er Ideen und Mittel, mit denen er seine Islamisten in Mittelost-Europa lenkte, in Ägypten und Palästina. Der Rassist Hitler ließ sechs Mio. Juden vernichten. Al-Husaini war eingeweiht, half in seiner Art.

Der Großmufti setzte voll auf den Sieg der Nazis, lehnte parallel bessere Konzepte der Briten für Palästinenser ab wie jenes Weißpapier 1939, das jüdische Immigration in fünf Jahren stoppte (katastrophal im Licht von Hitlers Genozid-Plänen), einen gemeinsam regierten Palästina-Staat in zehn Jahren vorsah, einen Staat unter arabischer Mehrheit. Prinz Bandar sprach die UN-Resolution 181 zur Palästina-Teilung 1947 an (siehe Karte): die Palästinenser lehnten sie ab „und, wie üblich, wir unterstützen sie in ihrer Abweisung.“

Wolfgang G. Schwanitz

UN 181/47 Wiki Karte



Boundaries defined in the 1947 UN Partition Plan for Palestine:

- Area assigned for a Jewish state
- Area assigned for an Arab state
- Planned Corpus separatum with the intention that Jerusalem would be neither Jewish nor Arab
- Armistice Demarcation Lines of 1949 (Green Line):
- Israeli controlled territory from 1949
- Egyptian and Jordanian controlled territory from 1948 until 1967